

Anno ... 2. Woche

1921, 7. Januar: Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) veröffentlicht einen »offenen Brief«, der sich an »alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen« richtet. Der Brief macht konkrete Vorschläge zu gemeinsamem Handeln, etwa zur Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen und der Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen. An die angesprochenen Gruppen richtet die Partei die Frage: »Seid ihr bereit, gemeinsam mit uns für diese Forderungen unverzüglich den rücksichtslosesten Kampf aufzunehmen?« Der Appell wird zwar in der Arbeiterklasse selbst zustimmend aufgenommen, stößt aber dennoch bei den rechten Führern von Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf Ablehnung.

1936, 15. Januar: In Spanien wird ein Abkommen zur Schaffung der Volksfront geschlossen. Der Volksfront gehören die Kommunistische Partei, die Sozialistische Arbeiterpartei, der Kommunistische und der Sozialistische Jugendverband, die Republikanische Linke, die Republikanische Union, die Katalonische Linke, der Allgemeine Gewerkschaftsbund und weitere linke Parteien und Gruppen an.

1946, 12. Januar: Der Alliierte Kontrollrat erläßt die Direktive Nr. 24 zur »Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen«. An ihre Stelle sollen solche Personen treten, die »nach ihrer politischen und moralischen Einstellung für fähig erachtet werden, die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu fördern«.

1951, 16. Januar: In Wiesbaden wird ein von 52 westdeutschen Politikern und Wissenschaftlern unterzeichneter »Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß« veröffentlicht. Der Appell fordert soziale Gerechtigkeit und friedlichen Wiederaufbau statt Remilitarisierung.

1966, 16. Januar: Der Kommunist Eugen Eberle kandidiert bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart und erhält 15,8 Prozent. Eberle, 1933 von den Nazis inhaftiert, nach 1945 Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Bosch und KPD-Stadtrat seit 1947, war nach dem Verbot der KPD als Fraktionsloser und unabhängiger Kandidat weiter in Gemeinde- und Stadtrat gewählt worden. <https://www.jungewelt.de/artikel/157082.anno-2-woche.html>